

## Zukunftsdialog Neue Arbeit. Neue Sicherheit.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellt einen Lösungsansatz für das veraltete Statusfeststellungsverfahren zur Diskussion. Die Beteiligung der Soloselbständigen ist überwältigend: über 500 Kommentare gehen in kurzer Zeit ein:

# Liebes BMAS - was nun?



” Ich bin sehr gerne, total **freiwillig und selbstbestimmt selbständig** und brauche keinen sozialen Schutz durch den Staat. Aber ich brauche klare Rechtssicherheit, die ich eindeutig und ohne Prüfung umsetzen kann! – Monika M.

” Das vorhandene **Statusfeststellungsverfahren** ist vor dem Hintergrund der neuen digitalen und agilen Arbeitswelt **nicht mehr zeitgemäß** und schafft bei Auftraggebern und -nehmern zunehmend mehr Unsicherheit. Ganze (IT-) Projekte finden deshalb nicht mehr mit selbständigen Experten statt. – Dennis K.



” Ein Statusfeststellungsverfahren vor Beginn einer Tätigkeit ist bei zuweilen sehr kurzen Fristen weltfremd. Das wird die **Bürokratie** nicht schaffen. – Helge G.

” Ein **optionales Statusfeststellungsverfahren** vor Beginn der Tätigkeit **löst nicht das Grundsatzproblem**. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Verfahren weder transparent, noch berücksichtigt es die individuellen Projektgegebenheiten – Xenia P.

” Meine freiberufliche Tätigkeit als Ingenieur hat mich 2005 vor der Arbeitslosigkeit bewahrt. Zehn Jahre habe ich erhebliche Steuern gezahlt und weiter für das Alter vorgesorgt. Seit der vom SPD-geführten Arbeitsministerium betriebenen Gesetzesänderung **brechen die Aufträge weg**. – Jürgen v. d. D.

” Sollen die Vertragsparteien nun ernsthaft vor jedem noch so kleinen Einsatz dieses **zeitlich aufwendige Verfahren** durchlaufen? Zeitgemäß wäre ein Katalog positiver Kriterien. Daran könnte der Status einmalig festgestellt werden und bis auf weiteres gültig sein. – Florian G.

” Die **aktuelle Rechtsunsicherheit** führt dazu, dass sehr gut bezahlte Aufträge an Dienstleister in Osteuropa und Asien vergeben werden. Dies bedroht alle IT-Arbeitsplätze in Deutschland, da sich ohne das Spezialwissen der Externen viele Projekte nicht umsetzen lassen. – Matthias S.

” Statt als Freelancer zu arbeiten und Steuern zu erwirtschaften, sitze ich nun zuhause und grübele über die Gründung einer GmbH mit Bürokratie-Monster. Warum nicht **in die EU abwandern** oder gleich aus der EU? – Peter W.

” Als IT-Freelancer wünsche ich mir eine **Orientierung am Stundensatz**: Wer pro Stunde 40 Euro oder mehr verdient, ist keinem Sozialdumping ausgesetzt und sollte zusammen mit den Auftraggebern Rechtssicherheit haben. – André H.

” Was wir brauchen, ist eine **pragmatische Lösung**, die Flexibilität erlaubt! Vor jedem Auftrag die Kriterien prüfen zu müssen, wäre extrem zeitaufwändig und würde auch die Wettbewerbsfähigkeit der Soloselbständigen schädigen. – Ursula K.



” Bitte orientieren Sie sich an den Lösungen, die andere europäische Länder gefunden haben, um Selbständigkeit abzusichern. Dann kann das Thema endlich für alle Seiten zufriedenstellend gelöst werden. Erhalten Sie die **Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands**, insbesondere im Bereich Digitalisierung. – Rüdiger W.



” Der Gesetzgeber sollte eine Regelung finden, die dem Anspruch der realen Welt - kurzfristige, zeitl. befristete Einsätze von Spezialisten - entspricht. Dies muss **im Interesse von vielfältigen Auftraggebern** (auch öffentlicher Hand!) u. ebendiesen Anbietern möglich sein. – Claus W. G.